



## NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege  
am 05.06.2014**

**Anwesend waren:**

**Stellv. Vorsitzender:**

Herr Martin Große	
-------------------	--

**SPD-Fraktion**

Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	
Herr Manfred Grebenstein	
Herr Jörg Heinz	
Frau Gabriele Kniese	
Herr Peter Krohn	
Frau Dr. Marita Kroneberger	
Frau Ilona Pfetzing	
Herr Lutz Schaub	
Frau Karin Schneider	
Frau Petra Strauß	
Herr Matthias Wenderoth	

**CDU-Fraktion**

Herr Dr. Manfred Bödicker	
Herr Thomas Große	
Herr Claus Hamp	
Herr Hartmut John	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Andreas Kühnel	
Herr Michael Schmidt	
Herr Stefan Schneider	
Frau Annegret Schröter	
Herr Dr. Andreas Vogt	
Frau Julia Witthüser	
Herr Klaus Wolf	

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Lothar Dietrich	
Frau Claudia Fiedler	
Herr Siegfried Fiegenbaum	
Herr Armin Jung	

**FDP-Fraktion**

Frau Jutta Thiele	
Herr Klaus Volkmar	

**FWG-Fraktion**

Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

**Partei Die Linke**

Herr Bernhard Gassmann	
------------------------	--

**Mitglieder des Magistrats**

Herr Reiner Brill	
Herr Berthold Diegel	
Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Herr Stefan Happel	
Herr Alexander Heppe	
Frau Patricia Hölzel	
Herr Gerhard Marquardt	
Frau Heidrun Ott	

**Ortsvorsteher**

Herr Ernst Hartig	
Herr Walter Hoefel	
Herr Berthold Konar	
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Georg Rost	
Herr Horst Schäfer	

**Vorsitzender des AB**

Herr Ramiz Arifi	
------------------	--

**Schriftführer/in**

Herr Volker Jatho	
Frau Patrizia Lenke (stellvertretende SF)	

**von der Verwaltung**

Frau Rebecca Herzog-Meister	
-----------------------------	--

**Zuschauer/innen**

15	
----	--

**Vertreter der Presse**

1	
---	--

**Entschuldigt waren:****Vorsitzende/r**

Herr Karl Montag	
------------------	--

**SPD-Fraktion**

Herr Markus Claus	
-------------------	--

**CDU-Fraktion**

Herr Jörg Rüppel	
------------------	--

**Mitglieder des Magistrats**

Herr Jörg Hartebrodt	
----------------------	--

**Ortsvorsteher**

Herr Jürgen Gonnermann	
------------------------	--

**Beginn der Sitzung:****19:00 Uhr****Ende der Sitzung:****20:01 Uhr**

---

**Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:**

- |   |           |
|---|-----------|
| 20. Magistratsbericht   | Seite 372 |
| 21. Wahl einer stellvertretenden Schriftführerin  | Seite 376 |
| 22. 1. Lagebericht 2014 zur Haushaltswirtschaft der Kreisstadt Eschwege<br>Berichtszeiträume: 01.01.2013 – 31.12.2013 und 01.01.2014 – 30.04.2014                               | Seite 377 |
| 23. Bebauungsplan Nr. 41.5 „Gewerbegebiet Hessenring“ (Einzelhandelsregelung),<br>Änderung der Bebauungspläne Nr. 41.1, 41.2, 41.3, 41.4, 125 und 137;<br>Aufstellungsbeschluss | Seite 379 |
| 24. Antrag der SPD- und Grünen-Stv.-Fraktion sowie der CDU-Stv.-Fraktion betr.<br>Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen im Bereich der städtischen Gremien                          | Seite 381 |
| 25. Anregungen  | Seite 384 |

Stellv. Stv.-Vorst. Große:

"Guten Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich begrüße Sie alle recht herzlich heute Abend zur 3. Sitzung im Jahr 2014 und zur 30. Sitzung in dieser Legislaturperiode der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege, hier in der Stadthalle.

Herzlich willkommen auch die Zuschauer, die sich heute eingefunden haben und ein herzliches Willkommen an die Werra-Rundschau, der Marktspiegel ist noch nicht da.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich in die heutige Sitzung eintrete, möchte ich an einen Stadtverordnetenkollegen erinnern, der kürzlich verstorben ist. - Unser Mitgefühl gilt seiner Frau und seinen Kindern. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu einer Schweigeminute zu erheben."

**Es folgt die Schweigeminute.**

Stellv. Stv.-Vorst. Große:

„Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne nun die heutige Sitzung und stelle fest, dass zur heutigen Stadtverordnetenversammlung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Der Hinweis zur Amtlichen Bekanntmachung mit der Tagesordnung erfolgte in der Werra-Rundschau am Samstag, dem 31.05.2014.

-.

Ich stelle fest, dass wir beschlussfähig sind.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist Ihnen mit Ihren Unterlagen zugegangen. Gibt es Anträge zur Tagesordnung oder gibt es Einsprüche oder noch Änderungswünsche? Herr Volkmar."

Stv. Volkmar macht eine Bemerkung vom Platz aus.

Stellv. Stv.-Vorst. Große:

„Gut, das wurde mir auch während der Bau- und Planungsausschuss-Sitzung am Dienstag seitens der CDU und der SPD zugerufen, und das sehe ich ähnlich. Der Tagesordnungspunkt 5 und der Tagesordnungspunkt 6 sind im Prinzip sinnig, und wir könnten beide Tagesordnungspunkte in einem Tagesordnungspunkt zusammenfassen, das wäre dann der Tagesordnungspunkt 5. Gibt es da eine Gegenrede? Das ist nicht der Fall, dann lasse ich kurz abstimmen. Wer ist für die Zusammenlegung von Tagesordnungspunkt 5 „Antrag der SPD- und Grünen-Stv.-Fraktion betr. Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen im Bereich der städtischen Gremien“ und Tagesordnungspunkt 6 „Antrag der CDU-Stv.-Fraktion betr. Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen im Bereich der städtischen Gremien“ zu einem Tagesordnungspunkt, den bitte ich um das Handzeichen.“

**Beschluss:**

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 werden zu einem Tagesordnungspunkt 5 zusammengelegt.

**Einstimmig beschlossen.**

Stellv. Stv.-Vorst. Große:

„Gibt es noch Einsprüche oder Änderungen? Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung so genehmigt.“

**Beschluss:**

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

**Einstimmig beschlossen.**

Stellv. Stv.-Vorst. Große:

„Wir haben noch über das Protokoll vom 10.04.2014 abzustimmen. Wer diesem Protokoll seine Zustimmung geben möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

**Beschluss:**

Das Protokoll der Sitzung vom 10.04.2014 wird genehmigt.

**Einstimmig beschlossen.**

Stellv. Stv.-Vorst. Große:

gratuliert allen Mandatsträger/innen, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

-

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir treten dann in die Tagesordnung für heute Abend ein. Tagesordnungspunkt 1 ist der Magistratsbericht. Das Wort hat Herr Bürgermeister Heppe."

Bgm. Heppe:

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, sehr geehrte Vertreter der Presse, verehrte Gäste!

### **1. Berichtspflicht des Magistrats gegenüber der Stadtverordnetenversammlung**

Bezüglich der Berichtspflicht des Magistrates gegenüber der Stadtverordnetenversammlung sind folgende Punkte zu nennen:

- **Energetische Sanierung des städtischen Wohnhauses Wacholderweg 2 – 4**

Am 26.05.2014 wurde im Magistrat die Modernisierung des Wacholderwegs in Form einer energetischen Sanierung mit einschließender Wohnraumsanierung vorgestellt. Weiterer Inhalt der Beratungen war die daraus resultierende jährliche Belastung für die Stadt aus dieser Maßnahme sowie die Diskussion, welche Mieteinnahmen am Heuberg mit dem Vergleich zu anderen Immobilien an diesem Standort erzielt werden können. Die Verwaltung soll noch Quer-Vergleiche mit anderen Marktteilnehmern auf dem Heuberg vornehmen und weitere Optionen prüfen. Anschließend wird sich der Magistrat damit erneut befassen.

- **Vorbeugender Hochwasserschutz und Werra-Renaturierung**

Fünf Werra-Anrainerkommunen im Werra-Meißner-Kreis (Witzenhausen, Bad Sooden-Allendorf, Meinhard, Eschwege und Wanfried) haben sich darauf verständigt, im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit eine Hochwasserschutzstudie zu erstellen. Aktuell laufen die Vorbereitungen zur Erstellung des Leistungsverzeichnisses für das Ausschreibungsverfahren. Wir sind hier aber zeitlich auf einem guten Weg.

- **Ampel-Regelung an der Humboldtschulkreuzung**

Es soll zeitnah ein Termin mit dem Zentrum für integrierte Verkehrssysteme – das sind die, die das Verkehrsgutachten vor 1 ½ Jahren bereits hier vorgestellt hatten - und Hessen Mobil anberaumt werden. Dieser Termin dient dann als Grundlage für eine Angebotserstellung für eine detaillierte Ausarbeitung einer dann künftig koordiniert gesteuerten Ampelanlage durch das Büro ZIV.

Ziel ist es, diese Lösung dann im Jahr 2015 umzusetzen.

- **Studentisches Wohnen in Eschwege**

Nach Auskunft der Wohnstadt bereitet man sich derzeit vor, um zum Wintersemester aktiv in die Vermarktung einsteigen zu können. Auch werden zeitnah entsprechende Gespräche mit dem Kreiskrankenhaus geführt. Zwischenzeitlich konnte eine Kasseler Studentin, die in Ram-bach wohnt und gerne in der Nähe des Eschweger Stadtbahnhofs wohnen würde, an die Wohnstadt weitervermittelt werden.

Es meldete sich auch ein Göttinger Student, der aus Eschwege stammt und sich aktiv in das Projekt einbringen möchte - ggf. als Bindeglied vor Ort (an der Uni) zur Wohnstadt.

Auch dieser junge Mann konnte an die Wohnstadt entsprechend weitervermittelt werden.

## **2. Auftragsvergaben**

Seit der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde ein Auftrag vergeben. Es handelt sich hierbei um die Beladung, den Transport und die Verwertung des ungeschredderten Grüngutes der Stadt Eschwege zum Preis von 19,80 €brutto / Tonne = insgesamt damit voraussichtlich ca. 25.000,00 €

Herzlichen Dank.“

Stellv. Stv.-Vorst. Große:

„Vielen Dank, Herr Bürgermeister. Ich sehe schon, Herr Jung meldet sich und wünscht das Wort. Bitteschön, Herr Jung.“

Stv. Jung:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen Stadtverordnete. Ich möchte das Wort zum Bericht des Magistrats ergreifen und kurz die Vorgeschichte dazu schildern. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 12. Dezember 2013 folgendes beschlossen: „Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege beauftragt den Magistrat der Kreisstadt Eschwege, im Rahmen des vorzulegenden Energieberichtes...“, da gibt es dazu einen Punkt a), der ist hier nicht so wichtig, dann gibt es einen Punkt b): „... Maßnahmen vorzustellen, die darüber hinaus bereits im Haushaltsjahr 2014 zu Einsparungen von Energie und Kosten führen. Dadurch sollen Aufwendungen im Bereich der Sach- und Dienstleistungen von 30.000 Euro eingespart werden ...“. Also, der Magistrat hat einen Auftrag erteilt bekommen, das ist jetzt drei Stadtverordnetensitzungen her. Wir hatten die Hauptsatzung vor einiger Zeit geändert, und spätestens in der dritten Sitzung nach Auftragserteilung sollte der Magistrat uns zu solchen Aufträgen berichten, über den Sachstand, was ist geschehen, wann wird der Auftrag abgearbeitet. Der Bürgermeister hat in seinem Magistratsbericht nichts dazu gesagt.

Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang auch noch auf ein paar weitere Punkte hinzuweisen. Wir hatten gestern in der Finanzausschuss-Sitzung einige Produktbeschreibungen vorgelegt bekommen, unter anderem über Stadtverkehr- und Landschaftsplanung in der Stadt. Das ist sozusagen der Generalplan, wie die Stadt sich entwickeln soll. Auch da kein Wort zu Klimaschutzmaßnahmen, zu Energieeinsparungen, zu Energieeffizienz. Es gibt weitere Dinge und Projekte, die mit Klimaschutz und Energieeinsparung zu tun haben. Und gerade, weil ich das deutliche Raunen von Seiten der CDU-Fraktion höre, die CDU-Fraktion hat sich vehement dagegen gewehrt, dass in diesem Zusammenhang genau solche Maßnahmen in der Planung beschrieben werden. Warum? Das kann vielleicht die CDU-Fraktion erläutern. Da wende ich mich jetzt wieder an den Bürgermeister und komme zum Sachstand zurück, ich habe in einer Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, das war am 08.04.2014, auf eine Kleinigkeit hingewiesen, die der Stadt aber auch Geld kostet und wenn es 5 Euro am Tag sind, nämlich im Bereich des Stadtbahnhofes wird eine strukturlose Betonwand im Eingangsbereich seit Monaten Tag und Nacht beleuchtet, also besonders am Tag. Jetzt habe ich erwartet, ich habe es vorgetragen als Anregung, die Verwaltung hat es aufgenommen, es ist zwei Monate her, dass etwas geschieht. Es ist nichts geschehen. Herr Bürgermeister, das sind alles Ihre Aufgaben und ich habe den Eindruck, dass Sie diese Aufgaben nicht ernst genug nehmen. Denn es geschieht offensichtlich nichts. Und bitte schildern Sie uns, wie Sie diese benannten Aufgaben zum Wohl der Stadt Eschwege und ihrer Bürgerinnen und Bürger zeitnah lösen möchten.“

Bgm. Heppe:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Jung. Ich habe es in der letzten Stadtverordnetenversammlung schon mal erklärt, tue es jetzt auch gern wieder. Es sind nicht Punkte, die Gegenstand des Magistratsberichtes waren, und der Magistratsbericht ist auch nicht dazu da, hier eine

Diskussion über alle möglichen Punkte unter Verschiedenes aufzumachen, die Ihnen gerade jetzt einfallen. Darüber hinaus ist es nicht die Aufgabe des Bürgermeisters, abends das Licht auszumachen. Ich kann das gern anregen, sehe mich allerdings hier an der Stelle dann durchaus in der Lage, das dann auch zu tun. Ich kann Ihnen versichern, der Fachbereich 4, - -, sowie der Beauftragte für Energieeffizienzmaßnahmen bei den Stadtwerken, -, sind gemeinsam dabei, eine Liste von Maßnahmen zu erstellen. Sie ist bis heute noch nicht fertig, um diese 30.000 Euro, die wir extra eingestellt haben, für Energieschutzmaßnahmen dann auch über Energieeinsparmaßnahmen umzusetzen. Sobald diese fertig ist, das sollte eigentlich noch vor der Sommerpause der Fall sein, werde ich sie Ihnen entsprechend vorstellen. Dankeschön.“

Stv. S. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, Herr Jung, ich muss nochmal in die gleiche Kerbe hauen. Der Tagesordnungspunkt „Magistratsbericht“ ist das, was der Magistrat aufruft, und danach ist keine allgemeine Fragestunde. Wir haben uns die Regeln alle zusammen gegeben, da müssen wir uns auch alle zusammen daran halten. Deswegen auch nichts inhaltlich. Eine kleine Bemerkung gestatten Sie mir: wenn ich das richtig in Erinnerung habe, hat Rot-Grün eine Mehrheit im Magistrat. Wir alle kriegen das Magistratsprotokoll. Ich kann mich nicht erinnern, dass Ihre Kollegen es mal genutzt haben, diese Frage im Magistrat zu stellen, wo sie vielleicht hingehört. Das dann dazu. Und ein dritter Punkt, wo Sie ja gerade schon den Bürgermeisterwahlkampf eröffnet haben, der Herr Brill hat früher immer so schön gesagt, wir müssen uns um die Big Points kümmern. Und wir erwarten, dass sich der Bürgermeister um die Big Points kümmert und nicht um so einen Kleckerkram.“

Stv. Dietrich:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, erst mal nur kurz zu dem, was der Herr Schneider gesagt hat. Wenn das für Sie Kleckerkram ist, Herr Schneider, dann weiß ich ja ungefähr, wo ich Sie einzuordnen habe bei dem Thema „Klimaneutrale Stadt“. -. Gut. Das war das Eine. Andere Sache Magistratsbericht, Bürgermeister nochmal. Was mich auch interessieren würde, im Wacholderweg, vielleicht ist ja der Bürgermeister dafür auch nicht verantwortlich, aber soviel ich weiß, ist er Baudezernent, wie kann das sein, dass in 2006 beschlossen wurde, den Wacholderweg zu sanieren, jetzt haben wir 2014, mittlerweile sind die Kosten auf über eine Million Euro hochgeschneit. Wieso kriegen wir da keine gescheite Information? Das ist ein Magistratsbericht gewesen, da wurde kurz erwähnt, 1,4 Million Euro ist es teurer geworden, da kann man vielleicht die Frage stellen, warum und wieso? Warum ist hier nicht vorher schon eingeschritten worden? Wäre das möglich, innerhalb dieses Magistratsberichts? Herr -, jetzt rede ich. Wäre das möglich, innerhalb dieses Magistratsberichts eine Antwort zu kriegen, oder geht das nicht?“

### **Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.**

Stellv. Stv.-Vorst. Große:

„Schönen Dank, Herr Dietrich. Ich würde vorschlagen als letzten Redner für den Magistratsbericht Herrn Feiertag, bitte.“

Stv. Feiertag:

„Vielen Dank Herr Vorsteher. Meine Damen und Herren, liebe Gäste. Also, in der Tat sollten wir jetzt hier keine Generaldebatte über Gott und die Welt eröffnen, dazu ist der Magistratsbericht in der Tat nicht da. Eines möchte ich an dieser Stelle aber dennoch festhalten, weil das haben wir bei uns in der Fraktion auch diskutiert, wir haben seinerzeit mal, das ist ein Jahr oder eineinhalb Jahre her, wenn ich mich recht erinnere, einen Antrag gestellt, wo wir gesagt haben, wir geben hier in der Stadtverordne-



tenversammlung bestimmte Aufträge sozusagen an den Magistrat, und wir haben immer so ein bisschen das Gefühl, die versacken dann irgendwo so ein bisschen in der Verwaltung. Wir wüssten eigentlich immer gern, an welcher Stelle nun gerade welcher Antrag, der hier verabschiedet wurde, sich befindet. Ob es Probleme gibt, oder ob der dann tatsächlich dann auch irgendwann hier sozusagen wieder rückgekoppelt werden kann und letztlich dann auch Vollzug berichtet werden kann. Aus diesem Grund haben wir diesen Punkt im Magistratsbericht eingeführt: „Berichtspflicht des Bürgermeisters“, und uns reicht es natürlich auch nicht, wenn da nur in irgendeiner Form immer steht, oder Herr Heppe dazu sagt, es gibt nichts zu berichten oder nur über die Dinge berichtet, die positiv sind. Sondern in dieser Berichtspflicht geht es uns ganz explizit um diese Anträge, die hier im Hause verabschiedet worden sind, in der Verwaltung in Bearbeitung sind. Wir wüssten gern, wo die stecken. Wir haben ja auch eine Frist verabschiedet. Ich glaube, es waren dann immer 3 Sitzungen, in der dann auch berichtet werden sollte und ich denke, das meint der Herr Jung. Das hat sehr wohl was mit dem Magistratsbericht oder als Wort zum Magistratsbericht zu tun. Dabei sollten wir es dann vielleicht auch bewenden lassen und hier keine Generaldebatte anfangen. Aber dieser Punkt war mir mal wichtig. Vielen Dank.“

Bgm. Heppe:

„Weil Herr Feiertag das eben angesprochen hat und auch Herr Dietrich, warum der Wacholderweg jetzt noch in der Bearbeitung ist, die Kurzvariante ist, dass wir noch nicht zu dem Punkt gekommen sind, wo die Politik, also Sie, aber auch der Magistrat, dort eine abschließende Entscheidung darüber getroffen hat, was nun endlich mit dieser Immobilie geschehen soll. Seit dem Jahr 2008, in einer schönen Regelmäßigkeit, ich habe hier sämtliche Sitzungstermine vorliegen, ist die Verwaltung mit neuen Vorschlägen, sind meine Mitarbeiter mit neuen Vorschlägen im Magistrat durch die Stadtverordnetenversammlung gegangen, und aus diesen Vorschlägen kamen immer wieder neue Prüfungsaufträge zurück. Diese hat man der Reihe nach abgearbeitet. Der letzte Prüfungsauftrag ist erteilt worden. Im Anschluss daran hatten wir dann die Situation, das war das Jahr 2012, dass wir in der heißen Umbauphase dieses Gebäudes waren und zugleich einer unserer Mitarbeiter, Sie wissen das alle, aufgrund der persönlichen Umstände, die Ihnen bekannt sind, für mehrere Monate ausgefallen ist. Das nur noch mal zu den Hintergründen. Kaum war er wieder da, hat man das Thema wieder aufgerufen, hat den Prüfungsauftrag abgearbeitet. Diese Zahlen sind dem Magistrat vorgelegt worden, und genau an diesem Punkt sind wir jetzt, und das habe ich auch eben im Magistratsbericht vorgelegt. Sobald wir die Zahlen so ermittelt haben, dass wir sie gut gegenüberstellen können, geben wir das in die Gremien. Aber bitte lassen Sie uns doch erst einmal die Fakten so zusammenstellen, wie sie sich auch aus heutiger Sicht mit den heutigen Vorstellungen darstellen. Da bitte ich einfach, dass wir auch das machen können. Wir nehmen dieses Thema äußerst ernst. Uns ist klar, dass wir hier die entsprechenden Beschlüsse umzusetzen haben. Auch ich dränge da immer drauf, dass wir das dann entsprechend machen können. Dankeschön.“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

Stellv. Stv.-Vorst. Große:

„Dankeschön, Herr Bürgermeister. Dann stelle ich fest, dass wir den Magistratsbericht zur Kenntnis genommen haben und gleichzeitig ordentlich ausdiskutiert haben.“

Dann rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 2 „Wahl einer stellvertretenden Schriftführerin“. Berichtserstatter ist Herr Bürgermeister Heppe.“

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Aufgrund von Neubesetzung und Änderung der Aufgabenverteilung im Fachdienst Organisation und Öffentlichkeitsarbeit wird vorgeschlagen, dass Sie Frau - - - , die sich schon in kürzester Zeit ganz hervorragend eingearbeitet hat und eine gute Ergänzung für unser Team ist, dass sie die entsprechenden Aufgaben der stellvertretenden Schriftführerin, unter anderem dann das Aufgabengebiet „Städtische Gremien“ entsprechend übernommen hat, und dass Sie sie dann als stellvertretende Schriftführerin bitte wählen mögen. Das Ganze erfolgt nach den Grundsätzen einer Mehrheitswahl. Diese ist nach der HGO durch den Stadtverordnetenvorsteher durchzuführen. Herzlichen Dank.“

Stellv. Stv.-Vorst. Große:

„Dankeschön, Herr Bürgermeister. Wünscht jemand das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt?“

**Keine Wortmeldungen.**

Stellv. Stv.-Vorst. Große:

„Die Verwaltung schlägt Frau - als neue stellvertretende Schriftführerin vor. Gibt es weitere Vorschläge? Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wünscht jemand geheime Wahl?

**Es bestehen keine Bedenken gegen eine Wahl durch Handaufheben.**

Stellv. Stv.-Vorst. Große:

„Dann frage ich jetzt. Wer für - als stellvertretende Schriftführerin ist, den bitte ich um das Handzeichen.“

**Beschluss:**

Frau - wird zur stellvertretenden Schriftführerin gewählt.

**Einstimmig beschlossen.**

Stellv. Stv.-Vorst. Große:

„Hiermit ist Frau - zur stellvertretenden Schriftführerin gewählt. Herzlichen Glückwunsch.“

StK. Brill:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, es gab in keiner Weise eine Kampfabstimmung um den stellvertretenden Schriftführerposten. Bevor ich zum Lagebericht komme, würde ich, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, Herr Stadtverordnetenvorsteher, noch zwei kurze Anmerkungen machen zum Thema Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014.

Sie wissen wahrscheinlich, dass er inzwischen ausgelegt ist. Das heißt, wir werden demnächst tatsächlich auch in den laufenden Haushaltsvollzug gehen können. Es hat alles etwas länger gedauert. Im Dezember haben wir den Haushalt verabschiedet. Wir haben jetzt am 27. Mai nochmal ein Schreiben von der Aufsichtsbehörde, sprich vom Landrat, auf dem Schreibtisch gehabt, wo die letzten Unklarheiten beseitigt worden sind.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass wir, ich sage mal, die üblichen Auflagen bekommen haben. Übliche Auflagen heißt, Einzelgenehmigung von Kreditaufnahmen, das war in den vergangenen Jahren auch so, Veräußerung von nicht benötigtem Anlagevermögen, auch das kennen Sie. Wichtig an der Stelle, wir werden Ihnen in der nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Beschluss vorlegen, dass wir die Straßenbeitragssatzung ändern. Die Auflage des Landrats besteht darin, dass wir die Straßenbeitragssatzung so gestalten, dass die kommunalen Anteile so niedrig wie möglich gehalten werden, mit anderen Worten die Belastungen für die Bürger dann im Gegenzug steigen werden müssen. Das heißt also für Anliegerstraßen, so wie es vorgesehen ist und wie es im Prinzip in ganz Hessen auch vollzogen wird in der Zwischenzeit, 25 %, bei Straßen des innerörtlichen Durchgangsverkehrs 50 %, und bei überörtlichen Durchgangsverkehrsstraßen wird dann der Anteil auf 75 % von Seiten der Stadt festgelegt werden. Darüber hinaus hat der Landrat sich nochmal geäußert zum Thema Gewinnabführung der Stadtwerke. Wir sind weiterhin angehalten, im nächsten Jahr 100.000 Euro entweder zusätzlich an Gewinnabführung bei den Stadtwerken einzufordern bzw. wenn das nicht möglich ist, an anderer Stelle eine entsprechende Kompensation vornehmen zu müssen. Das heißt, entweder zusätzliche Einnahmen in Höhe von 100.000 Euro zu generieren oder halt entsprechende Ausgabenkürzungen vorzunehmen.

Letzte Bemerkung betrifft das Haushaltssicherungskonzept bzw. die Haushaltskonsolidierung. Es wird nochmal von Seiten der Aufsichtsbehörde darauf hingewiesen, dass in den Leitlinien des Ministeriums zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte drin steht, dass die Kommunen, die keine Schutzschirmkommunen sind, also, die auch keine Finanzhilfen des Landes bekommen, ihren Haushalt im Jahr 2016 ausgleichen können. Davon geht das Ministerium aus. Spannende Hypothese. Kommunen, die bis 2016 ihren Haushalt, oder keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen wollen, so steht es in dem Bescheid, über die ist entsprechend zu berichten. Letzte Bemerkung in diesem Zusammenhang, der Landrat hat ja dann auch zu bewerten, bis zu welchem Zeitpunkt die Kommune einen Haushaltsausgleich herbeiführen kann und nach den bisherigen Erkenntnissen, ich zitiere, halte ich einen Haushaltsausgleich durchaus vor dem Jahr 2018 für denkbar.

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, uns stehen spannende Diskussionen und Beratungen im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes 2015 ins Haus.

Ich komme zu dem eigentlichen Tagesordnungspunkt, nämlich dem 1. Lagebericht 2014. Sie haben den Bericht zur Kenntnis genommen. Ich werde es deswegen auch relativ kurz machen. Wir haben ihn im Übrigen gestern Abend auch im Finanzausschuss vorgestellt, und dort ist er auch nochmal gewürdigt worden. Die wichtigste Erkenntnis ist im Prinzip für das Haushaltsjahr 2013, dass das ordentliche Ergebnis sich voraussichtlich jetzt von der Prognose auf ein Defizit von 3,8 Millionen Euro beläuft. Das ist auch genau das Defizit, was wir ursprünglich, als wir den Haushalt eingebracht haben, beschlossen haben, auch geplant haben. Eine Verbesserung des Haushaltes ist aus 2 entscheidenden Gründen nicht eingetreten. Der eine Grund ist die Gewerbesteuer, meine Damen und Herren, das können Sie der Tabelle auf Seite 3 des Berichtes entnehmen. Die Gewerbesteuer ist um 263.000 Euro

geringer ausgefallen als geplant. Wir hatten vorsichtig geplant, wir hatten 5,8 Millionen Euro im Ansatz gehabt, jetzt sind es noch gut 5,5 Millionen Euro. Ich erinnere an der Stelle noch mal daran, im Jahr zuvor, im Jahr 2012, hatten wir Gewerbesteuer in Höhe von knapp 6,5 Millionen Euro, also 1 Million Euro mehr an Gewerbesteuer, und daran sieht man mal wieder, wie abhängig die Kommunen natürlich von der konjunkturellen Entwicklung sind. Das können Sie gar nicht an anderer Stelle über Einnahmeerhöhungen oder Ausgabenreduzierung kompensieren, solche hohen Schwankungen bei der Gewerbesteuer. Der zweite wesentliche Punkt, ich habe das dann gestern im Finanzausschuss sehr ausgiebig erläutert, ist eine Verschlechterung bei den Versorgungsaufwendungen. Wir müssen insgesamt 700.000 Euro mehr für Versorgungsaufwendungen berücksichtigen für das Jahr 2013. Das hängt schlichtweg damit zusammen, dass die Prognosen, die erstellt werden, in dem Fall für das Haushaltsjahr 2013, am 26.07.2012 von der Beamtenversorgungskasse für uns gemacht wurden. Der Jahresabschluss selbst ist ein Jahr und sieben Monate später. Das führt schlichtweg dazu, dass bestimmte Entwicklungen einfach da natürlich nicht prognostiziert werden können. Ich habe es im Finanzausschuss nochmal deutlich gemacht, wo die Abweichungen her kommen. Für diejenigen, die im Moment noch Aktive sind, für die wir Versorgungsaufwendungen zurückzustellen haben, allein dort sind es über 90.000 Euro, die wir mehr zu berücksichtigen haben, aufgrund von Änderungen, beispielsweise bei der Besoldung, Höhergruppierungen, die in dem Zeitraum stattgefunden haben. Die meisten Veränderungen gibt es bei den Passiven. Da sind es fast 150.000 Euro, die dort zu Buche schlagen, und dann haben wir einen Aktiven, der in das Passive gerutscht ist. Der schlägt für uns mit insgesamt über 80.000 Euro zu Buche. Das hängt einfach damit zusammen, dass die betreffende Person bei einem Eigenbetrieb beschäftigt gewesen ist, zuletzt aber einen Großteil seines Arbeitslebens in der Kernverwaltung beschäftigt war. Wir haben als Kernverwaltung dann auch die gesamten Versorgungsaufwendungen zu tragen. So summiert sich das dann auf 700.000 Euro, und wir werden mit diesen Schwankungen schlichtweg auch in Zukunft zu leben haben.

Ansonsten weise ich nochmal darauf hin, auf die kostenrechnenden Einrichtungen, auf die Entwicklungen dort. Sie können auf Seite 6 des Berichtes nochmal entnehmen, wie sich die Abwasserbeseitigung entwickelt hat. Da gehen wir momentan von einem Defizit von knapp 200.000 Euro aus. Die Erhöhung des Fehlbetrages hängt wesentlich damit zusammen, dass wir geringere Erträge haben bei der Erstattung des Produktes Straßen, weil wir dort inzwischen genauere Daten haben, was die Oberflächenversiegelung anbelangt und sich deswegen leider unsere Einnahmesituation etwas verschlechtert hat. Die Rücklage hier wird voraussichtlich Ende des Jahres noch 91.600 Euro betragen. Ich darf in dem Zusammenhang daran erinnern, dass die Gebührenerhöhung, die wir im Dezember 2012 beschlossen haben, erst im Januar 2013 in Kraft getreten ist. Bei der Abfallbeseitigung, wie in den vergangenen Jahren auch, gibt es eine positive Entwicklung. Wir haben einen geringen Überschuss von 20.000 Euro erwirtschaften können, oder der hat sich herausgebildet aufgrund der gestiegenen Erträge bei dem Altpapier. Das ist auch eine Entwicklung, die kennen Sie aus den vergangenen Jahren. Auch hier weise ich nochmal darauf hin, wir haben zum 01.01.2014 eine Gebührensenkung vorgenommen, meine Damen und Herren, um die Rücklage weiterhin auch abschmelzen zu können. Die Rücklage wird Ende des Jahres 2013 noch 508.000 Euro betragen. Der Ordnungsbehördenbezirk schließt im Jahresergebnis mit einem Überschuss von gut 43.000 Euro ab. Ursächlich hierfür sind geringere Personalkosten, die wir dort gehabt haben. Ende des Jahres beläuft sich die Rücklage dort noch auf gut 81.000 Euro. Dazu kann ich noch anmerken, darüber hinaus haben wir 50.000 Euro in die Hand genommen, um eine neue Messanlage zu finanzieren, und das ist aus der Rücklage so auch aus dem Stand passiert, so dass es die Mitglieder im Ordnungsbehördenbezirk und die anderen Kommunen nicht belastet und uns selbstverständlich auch nicht.

Haushaltsjahr 2014, da weisen wir im vorläufigen Ergebnis das stolze Jahresergebnis von 9,196 Millionen Euro plus aus. Also Sie sehen, eine stichtagsbezogene Betrachtung, dabei wird es nicht bleiben, das ist einfach hier im Moment noch nicht aussagekräftig. Das Einzige, worauf ich auch gestern im Finanzausschuss hingewiesen habe, ist, dass sich die Gewerbesteuereinnahmen positiv entwickeln. Momentan, man muss immer vorsichtig sein, gehen wir davon aus, dass die 6,36 Millionen Euro, die wir im Ansatz haben, auch tatsächlich realisiert werden können.

Schuldenentwicklung, meine Damen und Herren, ein Blick auf die Tabelle auf Seite 12 sagt Ihnen, wir haben zum 30.04. einen Schuldenstand von 39,4 Millionen Euro. Das wird Sie nicht überraschen. Das sind Zahlen, die uns seit vielen Jahren eigentlich begleiten. Übersicht über die wesentlichen Investiti-

onen, rückblickend auf das Jahr 2013, wenn Sie da nochmal auf die Tabelle blicken, ist das festzustellen, was in den vergangenen Jahren eigentlich so durchgängig der Fall gewesen ist. Wenn man das Saldo von Einzahlungen und Auszahlungen sieht, dann stellt man fest, dass es doch eine erhebliche Differenz gibt, in 2013 betrug der Saldo 3,2 Millionen Euro bei den Haushaltsansätzen. Das sind 2013 noch 2,4 Millionen Euro, das heißt, es wird deutlich, dass die Haushaltsansätze nicht vollkommen ausgeschöpft werden. Wir haben da die Differenzen zwischen den Ansätzen und dem tatsächlichen Ist in den letzten Jahren schon verkleinern können. Man wird es nicht ganz minimieren können, weil es schlichtweg so ist, auch können Sie sich vorstellen, wenn der Haushalt wie jetzt letztendlich erst im Juni, Anfang Juli, tatsächlich in den Vollzug geht, dann werden viele investive Maßnahmen, die vielleicht schon Anfang des Jahres losgehen sollen, einfach verschoben, können nicht mehr abgeschlossen werden, dann müssen wir Haushaltsreste für das nächste Jahr bilden, und deswegen kommt es auch zu diesen Verzerrungen.

Das war es von meiner Seite. Letzte, wirklich allerletzte Anmerkung, und das ist die letzte Seite in dem Bericht, betrifft nochmal die Auszahlung aus laufender Verwaltungstätigkeit. Wir haben da einen Finanzmittelfehlbetrag für das Jahr 2013 von 423.000 Euro. Da ist eine leichte Verbesserung eingetreten. Der Fehlbetrag war mit 626.000 Euro geplant. Das ist eine ganz positive Entwicklung. Wenn wir es aber vergleichen mit dem Jahr zuvor, 2012, da hatten wir insgesamt einen Finanzmittelüberschuss an der Stelle von 483.000 Euro. Also ein deutlich besseres Ergebnis.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Sie müssen von diesem Bericht nur Kenntnis nehmen. Dankeschön.“

Stellv. Stv.-Vorst. Große:

„Vielen Dank Herr Brill. Wünscht jemand das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt?“

**Keine Wortmeldungen.**

**Beschluss:**

Kenntnis genommen.

**23. BEBAUUNGSPLAN NR. 41.5 „GEWERBEGEBIET HESSENRING“ (EINZELHANDELSREGELUNG), ÄNDERUNG DER BEBAUUNGSPLÄNE NR. 41.1, 41.2, 41.3, 41.4, 125 UND 137; AUFSTELLUNGSBESCHLUSS**

- 41 -

- TOP 4 -

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sie sehen hinter uns, es handelt sich dabei um den Hessenring. Am Rande des Hessenrings befindet sich ein Grundstück, das teilweise noch eine Brandruine ist, und dort liegt uns derzeit eine Bauvoranfrage zur Errichtung eines Lebensmittelmarktes mit einer Verkaufsfläche von ca. 800 m<sup>2</sup> vor. Dies widerspricht aber unseren städtebaulichen Zielen. Daher soll der Bebauungsplan geändert, ein Bebauungsplan zur Regelung des Einzelhandels aufgestellt und die Zurückstellung auf Grundlage dieses Aufstellungsbeschlusses beantragt werden. Zielsetzung der Bebauungsplan-Änderung ist es, den Gebietscharakter des Gewerbegebietes Hessenring als Standort vor allem für das produzierende und verarbeitende Gewerbe sowie Großhandel und Handwerksbetriebe zu erhalten. Insgesamt sollen der Bestand und die Entwicklung der vorhandenen Betriebe und Einrichtungen gesichert werden. Es sollen an diesem Standort keine Einzelhandelsbetriebe mit innenstadt- oder nahversorgungsrelevanten Sortimenten zugelassen werden.“

Dies entspricht unserem Einzelhandels- und Zentrenkonzept von 2009 und wurde noch einmal bekräftigt durch das interkommunale Konzept zur wohnortnahen Grundversorgung in der Region Mittleres Werratal. Um diese Wirkung zu entfalten, bitte ich Sie nun, den Beschluss zur Aufstellung entsprechend zu fassen. Vielen Dank.“

Stellv. Stv.-Vorst. Große:

„Vielen Dank, Herr Bürgermeister. Aus dem Ausschuss für Bau und Planung spricht jetzt Herr Feiertag.“

Stv. Feiertag (Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses):

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren. In der Tat, der Tagesordnungspunkt wurde im Bau- und Planungsausschuss am vergangenen Dienstag beraten und um das gleich vorweg zu nehmen, der Ausschuss empfiehlt Ihnen einstimmig die Annahme dieses Beschlussvorschlages. Es gab wenig Diskussion. Es war auch eine sehr kurze und zügige Sitzung. Es gab einen Diskussionspunkt, den ich noch erwähnen möchte. Es dreht sich darum, dass es sich da im Kern eigentlich um eine Bauruine oder um eine Brandruine handelt, dessen Beseitigung wir natürlich eigentlich wollen. Es wäre schön, wenn sich auf diesem Grundstück wieder etwas entwickeln würde. Aber natürlich haben wir da auch alle, wenn ich mich recht erinnere, einstimmig beschlossen, unser Einzelhandels- und Innenstadtkonzept Vorrang, und hinter dem tritt natürlich dann so eine Entwicklung mit Einzelhandel auf dieser Fläche auch zurück. Bemerkte haben wir allerdings, dass wir damals, als wir vor nunmehr 5 Jahren dieses Einzelhandelskonzept beschlossen haben, auch bereits wussten, dass es Bebauungsgebiete und Bebauungspläne geben wird, die wir diesbezüglich ändern müssen, wo wir den großflächigen Einzelhandel als Möglichkeit dann rausnehmen müssen, und es gab damals auch eine Liste. Dieser Bebauungsplan war da dabei. Es kam die Aufforderung nochmal an dieser Stelle auch aus dem Ausschuss an den Magistrat bzw. die Verwaltung, diese Liste bitte abzuarbeiten, damit uns das an der Stelle nicht wieder passiert, also diese Bebauungspläne quasi diesem Einzelhandelskonzept doch bitte dann anzupassen. Das war die einzige Anmerkung, die aus dem Ausschuss eigentlich erwähnenswert war. Wie gesagt, der Ausschuss empfiehlt Ihnen die Annahme dieses Beschlussvorschlages. Vielen Dank.“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

**Beschluss:**

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 41.5 „Gewerbegebiet Hessenring“ (Einzelhandelsregelung), Änderung der Bebauungspläne Nr. 41.1, 41.2, 41.3, 41.4, 125 und 137 wird gemäß § 2 Baugesetzbuch beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 41.5 ist in dem als Anlage beigefügten Lageplan dargestellt und umfasst folgende Flurstücke:

Gemarkung Eschwege, Flur 17: Flurstücke 2/1 teilweise, 2/2, 16/22 teilweise,

Gemarkung Eschwege, Flur 22: Flurstücke 49/8, 49/9, 49/10, 49/11, 49/12, 49/13, 50/6, 50/7, 50/8, 65/2, 72/28, 94/1, 94/2, 102/1, 110/5, 112/4, 112/7, 164/2, 164/3, 164/4, 164/5, 164/6, 165/13, 165/9, 166, 167/1, 167/4, 167/5, 168/1, 169/5, 170/1, 170/4, 171/3, 171/6, 171/7, 171/8, 171/9, 172, 173, 174, 176/6, 176/10, 177/6 teilweise, 177/7 teilweise, 178, 179/2, 180/2, 183/1, 186/1, 187/6, 188/1, 189/7, 190/5, 191/4, 192/1, 194/1, 195/3, 195/4, 195/5, 202/6, 202/8, 202/9, 208/16 teilweise, 213/3, 213/4, 213/5, 215/5, 215/6, 217/4, 217/5, 217/6, 217/7, 218/1, 218/2, 218/3, 219, 220, 221/1, 222/2, 222/6, 222/8, 222/9, 222/10, 223, 224/1, 224/2, 225, 226, 227, 228/2, 228/4, 228/7, 228/8, 228/9, 228/10, 228/12, 228/13, 228/14, 228/16, 228/17, 228/18, 228/20, 228/21, 228/22, 228/23, 228/24, 228/26, 228/27, 228/28, 229/1, 230/1, 231.

Gemarkung Oberhonne, Flur 7: Flurstücke 167 sowie 113 teilweise,

Gemarkung Oberhone, Flur 8: Flurstück 59/22.

**Einstimmig beschlossen.**

**24. ANTRAG DER SPD- UND GRÜNEN-STV.-FRAKTION SOWIE DER CDU-STV.-FRAKTION BETR. HAUSHALTSKONSOLIDIERUNGSMASSNAHMEN IM BEREICH DER STÄDTISCHEN GREMIEN**

- 11 -

- NEU TOP 5 -

---

Stv. Jung:

„Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht um die Verkleinerung der städtischen Gremien als Beitrag der Stadtverordneten zur Konsolidierung des städtischen Haushalts. Der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen lautet sinngemäß: Die Anzahl der Stadtverordnetenversammlungen pro Kalenderjahr soll auf bis zu 8 Sitzungen pro Kalenderjahr begrenzt werden, die Anzahl der Ausschüsse soll von 7 auf 4 minimiert werden, und der Magistrat wird durch die Stadtverordnetenversammlung gebeten, die Anzahl der Magistratssitzungen auf die erforderliche Mindestzahl zu begrenzen. Das Wesentliche ist, der Antrag soll dem Hauptausschuss zur Beratung zugewiesen werden. Dort werden wir die Details miteinander beraten und dann letztlich zur Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vorlegen. Zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion möchte ich für meine Fraktion nur so viel sagen, die FDP wird das selber auch noch vorstellen, es geht einfach um die Abschaffung der Sitzungsgelder. Da möchte ich nur so viel zu sagen, wir werden in keinen Wettbewerb darum eintreten, wer die populistischsten Vorschläge macht. Ich denke, eine Abschaffung der Sitzungsgelder steht für uns nicht zur Beratung. Wir wollen selbstverständlich auch keine Anhebung, aber abschaffen werden wir sie nicht. Man kann vielleicht mal darüber beraten, ob man sie vermindert, aber das überlasse ich dann dem Hauptausschuss. Also, ich bitte um Überweisung und Beratung im Hauptausschuss. Vielen Dank.“

Stv. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, liebe Kollegen, liebe Gäste. Es musste ja irgendwann kommen. Mit dem Haushalt haben wir als städtische Gremien ja quasi die Hausaufgabe bekommen, kümmert euch auch mal darum, wie ihr in den eigenen Reihen einsparen könnt. Wie kann man das machen? Es gibt da verschiedene Denkmuster. Man kann die Sitzungshäufigkeit, die Anzahl der Mitglieder oder auch die Anzahl der Gremien angehen. Mehr Möglichkeiten haben wir gar nicht. Und den Ort der Sitzungen, Herr Brill, da haben Sie natürlich auch Recht. Wobei wir uns da natürlich auch noch über interne Verrechnungen unterhalten müssen, aber ich glaube, das machen wir alles im Hauptausschuss. Wir haben dann mal alte Protokolle gewälzt, mal geguckt, wie viele Ausschüsse haben wir? Wie oft tagen die Ausschüsse? Wir sind dann darauf gekommen, dass in den letzten Jahren faktisch eigentlich zwei Ausschüsse die Hauptarbeit gemacht haben. Das ist einmal der Bau- und Planungsausschuss, und das ist der Finanzausschuss. Da hatten wir die Sondersituation, dass der Hauptausschuss in den Jahren öfter mal getagt hat als davor. Sie wissen alle, erinnern sich an die Diskussion Dr.-Beuermann-Straße, Am Ottilienberg, aber ich glaube, auch auf lange Sicht gesehen, ist das, auch wenn das Thema für uns noch nicht abgeschlossen ist, da haben wir ja noch Aufgaben, aber das ist auf lange Sicht kein Dauerthema. Aber Finanzen und Bauen wird ein Dauerthema sein. Wir haben dann überlegt, wenn wir Ausschüsse neu ordnen, können wir da nicht eine Systematik hinterlegen? Dann kam bei uns aus der Fraktion der Vorschlag, dass wir sagen, wir gucken uns mal an, wir haben ja strategische Ziele beschlossen, wir steuern auch den Haushalt nach strategischen Zielen, ob wir das nicht in diese Ausschüsse irgendwie reinkriegen. Unser Vorschlag lautet deswegen, ich lese Ihnen die strategischen Ziele mal vor, wir sind ja zeitlich noch ganz gut dran, wir haben beschlossen: Eschwege soll sein: Standort für innovative Technologien, Handwerk, Handel und Industrie, Standort für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz, für naturnahen Tourismus, für Familien und Senioren und Standort für

Bürgerschaftliches Engagement. Wir haben dann gesagt, kommt ja noch was dazu, brauchen wir Ausschüsse? Ja, das steht in der HGO, es ist unsere Vorgabe, wir müssen einen Finanzausschuss bilden. Da der Finanzausschuss ja schon immer viel zu tun hatte und auch der Haushalt ja noch ein ganzes Eckchen davon entfernt ist, ausgeglichen zu sein, und das wird viel Arbeit sein, haben wir gesagt, den Finanzausschuss wollen wir jetzt nicht unnötig aufblähen, aber wir können uns vorstellen, dass, wie das andere Gemeinden auch machen, wir ihm die Aufgaben des Hauptausschusses mitgeben, sprich, wir schlagen Ihnen dann vor, einen Haupt- und Finanzausschuss, einen Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Energie, Umwelt und Bauen sowie als drittes einen Ausschuss für Familien, Senioren, Kultur und Bürgerschaftliches Engagement. Damit meinen wir, meine Damen und Herren, hätten wir drei Ausschüsse die a) arbeitsfähig sind, wo wir b) das Faktum, wie in letzter Zeit öfter mal vorgekommen ist, dass wir nicht wussten, welcher Ausschuss ist eigentlich zuständig, da mussten zwei Ausschüsse parallel oder nacheinander tagen, das hat Geld gekostet, das hat zu Verzögerungen geführt, das können wir damit minimieren, und wir kämen dann auch ganz gut hin, dass die Arbeit bei allen verteilt ist. Zum Thema Anzahl der Stadtverordnetenversammlungen gibt es auch eine gesetzliche Vorgabe. Der Stadtverordnetenvorsteher muss, Sie haben das alle in der HGO gelesen, wann er die Sitzung einzuberufen hat, aber es steht eigentlich drin, er muss alle zwei Monate, das heißt, sechs Stadtverordnetenversammlungen im Jahr sind die gesetzliche Mindestanforderung. Und dann haben wir gesagt, 6 Stadtverordnetenversammlungen, alle 2 Monate, geben wir noch eine für den Haushalt oben drauf, und eine für die berühmten, unvorhergesehenen Dinge, dann kommen wir auf 8, und wenn wir mit 7 auskommen, ist es genauso. Dass natürlich unsere kollektiven Rechte, eine Sitzung zu verlangen oder wenn das gefordert ist, dass das nicht einschränkt, ist ja klar, das kann auch nur eine Kann-Vorschrift sein, genauso wie der Magistrat natürlich entscheiden muss, wie oft er zu tagen hat. Auch den Magistrat können wir nur bitten, die Sitzungshäufigkeit ein wenig zu minimieren. Wo wir wirklich steuern können, ist, die Anzahl der Ausschüsse. Wir könnten natürlich, muss man hier auch ganz offen sagen, auch sagen, wir verringern die Anzahl der Stadtverordneten, bloß kann sich jeder von Ihnen glaube ich auch mal ausrechnen, dass sozusagen die Menge der Leute, die hier sitzen, nachher, auf Deutsch gesagt, den Kohl nicht fett macht, und wir sind da auch als CDU-Fraktion der Meinung, die HGO sagt ja, bei Städten ab 10.000 Einwohnern sollen es 37 sein, und von der 10.000 sind wir Gott sei Dank noch so weit entfernt, dass wir mit knapp 20.000 finden, dass man die Arbeit auch ruhig auf 37 Stadtverordnete verteilen darf.

Meine Damen und Herren, wenn ich Ihnen den Vorschlag machen darf, der Kollege hat es ja auch schon gerade gesagt, alle 3 Anträge, die heute vorliegen, den FDP-Antrag sehe ich jetzt auch mal separat, den Hauptausschuss, dann diskutieren wir es da. Unser Wunsch wäre, dass wir nachher ein Päckchen daraus binden, das nachher möglichst dann einstimmig verabschiedet werden kann, wo alle zufrieden mit sind. Ich glaube, in der Sache sind wir uns ja auch einig. Hätte dann auch da zu dieser Hauptausschuss-Sitzung den Wunsch an die Verwaltung, vielleicht, Herr Bürgermeister, könnten Sie uns dann mal vorlegen, in den letzten Jahren, einfach mal eine Statistik, wie oft haben welche Ausschüsse getagt? Was bringt es wirklich, wenn wir einen Ausschuss einsparen? Was bringt es uns finanziell, wenn wir eine Sitzung der Stadtverordneten einsparen? Was würde es bringen, wenn wir, was weiß ich, die Gremien verkleinern? Dass wir einfach auch nicht so im luftleeren Raum diskutieren. Wir haben das jetzt alle mal so Pi mal Daumen nach unseren Methoden ausgerechnet. Aber das ein bisschen validiert zu haben, wäre ganz schön.

Der zweite Wunsch wäre dann auch, dass man uns mal vorlegt, wie das andere Städte machen. Wie haben die ihr Ausschuss-Wesen gehandhabt und natürlich aufgrund der Aktualität des FDP-Antrages auch, wie sind die Entschädigungssatzungen in anderen Städten? Dass dann auch einfach die Diskussion auf einer breiten Grundlage geführt werden soll. Meine Damen und Herren, das soll es auch von mir gewesen sein. Wie gesagt, unser Vorschlag ist, alle 3 Anträge in den Hauptausschuss zu geben, und dann sehen wir weiter. Vielen Dank.“

Stv. Volkmar:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren. Das Meiste ist gesagt worden. Ich möchte auch nicht mehr viel sagen. Ich möchte hier auch keine populistischen Reden



halten, Herr Jung, das liegt mir ganz fern. Wir haben sehr viele Leute, Bürger, die ihr Ehrenamt ausfüllen und das unentgeltlich. Es ist nicht populistisch, wenn ich einfach sage, wir können auch als Politiker hier mit gutem Beispiel vorangehen. Es ist nicht populistisch, sondern es geht ja auch um mein Sitzungsgeld, auf das ich verzichten möchte dann. Das hierzu.

Dann muss ich sagen, dass es mich natürlich sehr freut, dass die Anträge auch groß durch die Presse gehen, hier so gestellt worden sind. Verwundern tut mich allerdings nur, dass die großen Parteien SPD, CDU und auch Die Grünen so lange dafür gebraucht haben, denn die Zusammenlegung der Ausschüsse habe ich schon in der konstituierenden Sitzung am 2. Mai 2011 vorgeschlagen. Ich habe es vorgetragen, ich habe es begründet, und man hat sich noch nicht mal zu Wort gemeldet, um dazu Stellung zu nehmen. Es wurde einfach ignoriert. Die Presse hat auch nichts dazu geschrieben, es war unwichtig. Und plötzlich ist es eben sehr wichtig. Deswegen freut es mich. Es hat zwar etwas länger gedauert, aber letztendlich befinden wir uns vielleicht auf einem richtigen Weg. Dankeschön.“

#### Stv. Feiertag:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, wir sind ja an dem Antrag, den Herr Jung vorgestellt hat, beteiligt. Deshalb will ich auch noch ein paar Worte dazu sagen. Keine Angst, ich fang jetzt nicht von vorn an. Wir haben eben gehört, wir wissen das ja auch alle, unser Haushalt ist defizitär, wir müssen gucken, dass wir das in dem Zeitraum, ob es nun bis 2016 oder 2018 ist, in irgendeiner Form auf die Reihe bringen. Wir wissen auch, die Verwaltung ist sozusagen im Moment aufgefordert, für den Haushalt 2015 weitere Einsparungen vorzunehmen und da auch zu gucken, wo möglicherweise noch das Eine oder Andere eingespart werden kann. Und so halten wird es eigentlich für unsere Pflicht, da geht der Antrag eigentlich hin, ich denke, das ist auch der Geist von allen, wie wir hier sitzen, wir halten es für unsere Pflicht, dann natürlich auch bei uns zu gucken, was ist da drin, stimmt die Anzahl der Sitzungen noch? Stimmt die Anzahl möglicherweise der Sitzungsteilnehmer noch? Stimmt die Anzahl der Ausschüsse noch und so weiter und so fort. Da kann man auch das Sitzungsgeld, Sitzungsgeld ist eine Aufwandsentschädigung, mit einbeziehen. Da haben wir überhaupt kein Problem mit. Lassen Sie uns da nachgucken. Wir wollten mit unserem gemeinsamen Antrag an der Stelle den Stein sozusagen ins Wasser werfen, um die Diskussion auszulösen. Die Diskussion soll natürlich im Hauptausschuss stattfinden. Deshalb wollen wir den Antrag auch gleich in den Hauptausschuss überweisen. Eine Anmerkung an der Stelle vielleicht noch dazu. Ich warne so ein bisschen davor, bei 18 Euro, ich erwähne den Betrag bewusst mal, ich glaube er ist noch nicht genannt worden, 18 Euro Aufwandsentschädigung pro Sitzung ist das Einsparpotenzial, ja, genau, es ist in meinem Horizont niemals erhöht worden, ich will nur damit sagen, das Potenzial, was hier eingespart werden kann, ist nicht allzu groß. Also erwarten Sie bitte keine Wunder davon. Das Sparpotenzial ist hier nicht so groß, aber wir wollen natürlich auch da gucken, wir müssen auch da gucken, ob da noch irgendwas geht, und das halten wir für unsere Pflicht an der Stelle. Deshalb die Diskussion im Hauptausschuss. Ich sehe ja hier auch breiten Konsens sozusagen. Vielen Dank.“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

#### Beschluss:

Die Anträge der Stadtverordneten-Fraktionen werden zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss überwiesen.

**Einstimmig beschlossen.**

## 25.1 RECHTSPOPULISMUS

- 11 -

---

Stv. Dietrich:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren. Rechtspopulismus ist in Deutschland auch wieder angekommen. In der Mitte der Gesellschaft auf jeden Fall auch. Rechtes Gedankengut, Europawahl liegt hinter uns. AfD hat gut zugelegt, in anderen europäischen Ländern auch. Gestern war wieder eine Sitzung von Bündnis „Bunt statt Braun“. Alle, die hier sitzen, oder viele von denen, die hier sitzen, waren damals dabei gewesen bei der Gründungsveranstaltung 2009, und seitdem habe ich eigentlich alle oder viele von denen nicht mehr gesehen.“

### **Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.**

Stv. Dietrich:

„Nein, das ist nicht richtig. Ich bin von vornherein dabei gewesen, Herr -, aber das kann ich mir nicht vorstellen, dass es so nicht gelaufen ist, das muss andere Gründe haben, dass man Sie nicht haben wollte, stimmt nicht, ist auch ein anderes Thema. Rechtspopulismus ist wieder angekommen in Deutschland. Wir sehen es teilweise an Äußerungen wie „Asylantenflut stoppen“, für die ganz - plakativ formuliert. Die einen, die sich für intellektuell halten, die haben es dann anderes formuliert, „Einwanderung regulieren“, AfD, haben wir neulich auf den Plakaten gesehen. Das kann man sich nicht mehr gefallen lassen, deswegen rege ich an, dass alle Leute, die hier in den Parteien sitzen, auch mal wieder teilnehmen an den Sitzungen von „Bunt statt Braun“, es ist bitternotwendig. Ich kann also nur empfehlen oder darum bitten, das zu tun, um ein Signal zu setzen.“

## 25.2 PORTRÄT DR. BEUERMANN IM RATHAUS

- 11 -

---

Stv. Dietrich:

„Anderes Thema. Hat auch mit Rechtspopulismus, Rechtsextremismus zu tun, Dr. Beuermann. Herr Schneider, das stimmt nicht, dass das Thema irgendwie nur kurz ist und abgehakt, das kommt immer wieder auf die Tagesordnung. Meine nächste Anregung, wir haben vor ein paar Jahren beschlossen, die Dr. Beuermann-Straße umzubenennen in „Am Ottilienweg“, ist ja auch passiert. Fritz-Neuenroth-Weg steht noch aus, wir arbeiten daran. Das ist eigentlich schon fast irgendwo beschämend, bis hier endlich mal Butter bei die Fische kommt. Aber wir arbeiten daran. Jetzt haben wir immer noch im Magistratszimmer ein Bild vom Beuermann hängen. Ich finde das sehr befremdlich. Wir haben uns dazu entschlossen, den Straßennamen umzubenennen, Ottilienweg, aber ein Herr Beuermann hängt immer noch als Porträt im Magistratszimmer im Eschweger Rathaus. Das kann es ja wohl nicht sein. Also ist meine Anregung, dieses Gemälde doch so bald wie möglich abzuhängen. Ich weiß nicht, worin das Problem bestehen sollte, diese Maßnahme mal durchzuführen. Falls diese Anregung, ich weiß nicht, wer der Empfänger ist von dieser Anregung, es ist der Magistrat, ich denke mal, wenn diese Anregung als solche nicht akzeptiert wird, es wäre ja möglich, könnten wir ja auch einen Antrag stellen, dass das Porträt Beuermann aus dem Magistratszimmer abgehängt wird, das wäre meine zweite Anregung. Dankeschön.“

## 25.3 RAUCHVERBOT IM STADTBAHNHOF

- 41 -

---

Stv. Jung:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich hoffe, meine Anregung ist nicht mit ganz so vielen Emotionen jetzt verbunden. Ich gehe davon aus. Mal als Frage, Herr Bürgermeister, auf dem Gelände des Stadtbahnhofes herrscht wahrscheinlich, wie auf allen Bahnhöfen, Rauchverbot. Davon gehe ich mal aus. Herrscht nicht? Gut, wenn das nicht der Fall ist, dann ziehe ich die Anregung zurück, weil sie dann gegenstandslos ist.“

## **REDEBEITRÄGE ZUR ANREGUNG 25.2 PORTRÄT DR. BEUERMANN IM RATHAUS - 11 -**

---

StK. Brill:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren. Herr Dietrich, Sie haben auf was Richtiges hingewiesen. Ich würde nur ein anderes Umgehen damit vorschlagen. Ich halte nichts davon, das Bild abzuhängen, sondern wir sollten deutlich machen, in welcher Zeit Dr. Beuermann Bürgermeister gewesen ist. Das macht, glaube ich, Sinn, ansonsten fragt man sich immer, wieso ist da eine Lücke, und wie steht ihr eigentlich zu eurer Vergangenheit? Und dann können wir das auch deutlich machen, indem wir da eine kleine Plakette oder einen kleinen Hinweis anbringen, wie es sich mit Dr. Beuermann verhält. Danke.“

Stv. Dietrich:

„Das kann ich so nicht akzeptieren. Die Anregung bleibt bestehen. Eventuell wird es auch als Antrag formuliert. Das Bild muss weg. Zack. Fertig. Aus. So einfach ist die Geschichte.“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

Stellv. Stv.-Vorst. Große:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass die nächste Stadtverordnetenversammlung voraussichtlich am Donnerstag, dem 24. Juli 2014, wieder in der Stadthalle stattfinden soll. Ich schließe die Sitzung um 20:01 Uhr.“

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE  
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG  
AM 05.06.2014**

**gez. Martin Große**

---

**Martin Große**  
(stellv. Stadtverordnetenvorsteher)

**gez. Volker Jatho**

---

**Volker Jatho**  
(Schriftführer)